

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 26./X. Ratsperiode Sitzung des Schulausschusses der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 27.11.2019, 17:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28

	<u>Seite</u>
1. Verpflichtung eines beratenden Mitglieds	4
2. Schulhofplanung hier: Gemeinschaftsgrundschule An den Linden - Drucksache Nr. 1219 /X. -	4 - 5
3. Controllingbericht des Fachbereichs Schulen, Kultur und Sport für das 3. Quartal 2019 hier: Schulen, VHS - Drucksache Nr. 1220 /X. -	5
4. Haushaltssatzung für das Jahr 2020	5 - 6
5. Änderung der Satzung für die Benutzung von Schulräumen - Drucksache Nr. 1221 /X. -	6
6. Karl Kisters Realschule; Festlegung der Zügigkeit - Drucksache Nr. 1222 /X. -	6 - 9
7. Konrad-Adenauer Gymnasium; Festlegung der Zügigkeit - Drucksache Nr. 1223 /X. -	9
8. Bericht über den Stand der Baumaßnahmen	9
9. Mitteilungen a) Nutzung Kombi-Bad durch die Klever Schulen	10
10. Anfragen . /.	10

Niederschrift

**über die öffentliche 26./X. Ratsperiode Sitzung des Schulausschusses der Stadt Kleve
am Mittwoch, dem 27.11.2019, 17:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28**

Unter dem Vorsitz der
Stadtverordneten Tekath, Petra (SPD)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Bay, Michael	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Cosar, Heinz-Jörg	CDU
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Kanders, Angelika	CDU
Lichtenberger, Niklas	SPD
Merges, Dr. Fabian	Unabhängige Klever
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Rütter, Daniel	FDP
Welberts, Stefan	SPD

Sachkundigen Bürger:

Alkas, Dr. Hasan	
Ewert, Dieter	für Welberts, Sonja
Geier, Stephan	
Hütz, Marianne	
Lohmann, Dr. Marc Antonius	
Oversteegen, Maarten	
Schaale, Martina	
Schweers, Jürgen	
Tyssen, Wolfgang	

Beratenden Mitglieder:

Best, Kristian	
Riedl, Christoph	für Wecker, Dr. Rose
Westerhoff, Heinz	
Willmeroth, Jens	

sachkundige Einwohnerin:

Übach, Dunja

Nicht anwesend:

Welberts, Sonja	SPD
Berlo, Markus van	
Grepel, Barbara	
Dr. Wecker, Rose	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeisterin Northing
Erster Beigeordneter Haas
Technischer Beigeordneter Rauer
Tariflich Beschäftigter Hoymann
Tariflich Beschäftigter Vervoorst
Oberverwaltungsrätin Wier
Tariflich Beschäftigte van Koeverden bis Ende TOP
Stadtoberinspektorin Tempels als Schriftführerin

Gäste:

Hoff, Martina, Landschaftsarchitektin, TOP 2.

Die Ausschussvorsitzende Tekath begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Schulausschusses fest.

Die Tagesordnung wird um TOP 1 „Verpflichtung eines beratenden Mitglieds“ erweitert. Der TOP 8 wird ausgesetzt, da noch weiterer Klärungsbedarf besteht. Es bestehen keine Bedenken.

Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift der vorherigen Sitzung ergeben sich keine.

1. **Verpflichtung eines beratenden Mitglieds**

Ausschussvorsitzende Tekath verpflichtet das beratende Mitglied, Herrn Christoph Riedl, zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben mit der Verpflichtungsformel.

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

2. **Schulhofplanung**

hier: Gemeinschaftsgrundschule An den Linden
- Drucksache Nr. 1219 /X. -

Mittels einer Power-Point-Präsentation stellt Frau Hoff vom Landschaftsarchitekturbüro Hoff in Essen die Vorentwurfsplanung für die Schulhofgestaltung der Grundschule An den Linden vor.

Bürgermeisterin Northing bedankt sich bei allen an den Planungen beteiligten Personen und spricht ihre Begeisterung für den konkreten Entwurf aber auch für die gleichzeitig entwickelten Standards aus.

Tariflich Beschäftigter Hoymann erläutert die Drucksache.

Stadtkämmerer und Erster Beigeordneter Haas bekräftigt die Bedeutung von Standards, stellt aber heraus, dass die Herstellung von Schulgärten und Außenklassenzimmern eine Integration in das Schulkonzept erfordert und die langfristige Pflege dieser Einrichtungen sichergestellt sein muss.

Auf Nachfrage von StV. Meyer-Wilmes führt Frau Hoff aus, dass für die Wege und Schulhofflächen sickerfähige Materialien verwendet werden. Ziel sei eine Entwässerung, die die auf dem Gelände stehenden Bäume bei der Wasserversorgung unterstütze. Die Verwendung von Asphalt sei nicht vorgesehen.

StV. Meyer-Wilmes wundert sich über eine Ausrichtung der Mittel an Schülerzahlen, da der Sanierungsbedarf der Schulhofflächen nicht von der Schülerzahl abhängig sei. Tariflich Beschäftigter Hoymann stellt klar, dass es sich bei dem Kopfbetrag lediglich um den Standard für die Ausstattung der Schulhöfe mit Spielgeräten etc. handle. Die Sanierungskosten der vorhandenen Flächen könnten und sollten explizit nicht vorab festgelegt werden.

Bei der in den Plänen grün hinterlegten Fläche, handelt es sich um eine öffentliche Parkfläche, die momentan als Schulhoffläche mitgenutzt wird. Es gibt Überlegungen für diese Fläche im Rahmen der Jugendhilfe eine Spielnutzung zuzulassen. Hier steht jedoch noch eine Abstimmung mit der Denkmalbehörde aus. Die Möglichkeit der Nutzung wird bei den aktuellen Planungen durch die Erwägung von Toren in der Zaunanlage offengehalten.

StV. Lichtenberger stellt die positive Entwicklung der Grundschule An den Linden heraus und hält insbesondere das Beteiligungsverfahren in Bezug auf die Schulhofgestaltung für positiv.

Auf Nachfrage des StV. Cosar teilt Stadtkämmerer und Erster Beigeordneter Haas mit, dass über eine Begleitung der weiteren Schulhofmaßnahmen durch ein Landschaftsarchitekturbüro zu gegebener Zeit entschieden würde. Ein Zeitplan ergebe sich aus der Erweiterungsplanung für die Schulbauten.

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, dem Beschlussvorschlag der Drucksache zu folgen.

3. **Controllingbericht des Fachbereichs Schulen, Kultur und Sport für das 3. Quartal 2019**

hier: Schulen, VHS
- Drucksache Nr. 1220 /X. -

StV. Meyer-Wilmes bittet um Ergänzung der Anzahl der in Auftrag gegebenen Gutachten.

Anmerkung zu Protokoll:

In der Anlage zum Controllingbericht zu Punkt 0301 ist vermerkt, dass ein Gutachten erstellt wurde. Hierbei handelt es sich um das Gutachten zum offenen Ganztags und zur Ganztagsbetreuung.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Controllingbericht zur Kenntnis.

4. **Haushaltssatzung für das Jahr 2020**

Oberverwaltungsrätin Wier stellt den Haushalt für das Jahr 2020 anhand einer Power Point Präsentation vor.

StV. Lichtenberger lobt die Darstellung der OGS-Kosten und die Bereitstellung der erheblichen Mittel, die die Stadt Kleve in diese Betreuungsform investiert.

StV. Rütter hebt die Mittel für den Medienentwicklungsplan hervor und erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Maßnahmen.

Oberverwaltungsrätin Wier erläutert, dass an allen Schulen eine WLAN-Ausleuchtung stattgefunden habe und Access-Points installiert seien.

Leider sehe der Antrag auf Leistungen aus dem Digitalpakt vor, dass jede Schule ein technisch-pädagogisches Einsatzkonzept vorlegen müsse. Dies verzögere das Verfahren. Das KRZN sei beauftragt, den entsprechenden Antrag zu erstellen.

Aktuell werde die Beschaffung von interaktiven Boards vorbereitet. Hier bestehe das Problem, dass eine volle Nutzbarkeit dieser Boards erst gegeben sei, wenn die Schulen

mit einem Breitband-Anschluss ausgestattet seien. Der Zeitplan der Deutschen Glasfaser, die mit der Erstellung dieser Anschlüsse beauftragt sei, sehe eine Installation für das Jahr 2021 vor.

Stadtkämmerer und Erster Beigeordneter Haas stellt heraus, dass der Ratsbeschluss zur Medienentwicklung für die Antragstellung auf Leistungen im Digitalpakt nicht ausreiche. Sowohl die Erstellung von technisch-pädagogischen Einsatzkonzepten als auch die Herstellung des Breitbandanschlusses führten zu unglücklichen Zeitverzögerungen. Er versichert, dass man alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe, um in Sachen Breitbandanschluss eine Beschleunigung zu erreichen.

5. **Änderung der Satzung für die Benutzung von Schulräumen**

- Drucksache Nr. 1221 /X. -

StV: Welberts erkundigt sich, welche Vereine/Veranstalter von den Mehrkosten für den Auf- und Abbau der Bühne in der Mehrzweckhalle Materborn betroffen seien.

Anmerkung zu Protokoll:

CKH Comitee Klever Herrensitzung, Fidelitas Materborn, KRK Klever Rosenmontags Komitee, Germania Materborn, Flying Famili

Oberverwaltungsrätin Wier stellt klar, dass die Gestellung einer Bühne nicht zu den Pflichtaufgaben der Gemeinde gehöre. Aus sicherheits- und haftungstechnischen Gründen sei ein Selbstaufbau durch die Vereine nicht mehr möglich. Die Vereine wären im Falle des Selbstaufbaus in der Haftung. Bei der vorgeschlagenen Regelung sei der Auf- und Abbau durch eine Fachfirma gewährleistet, die die Haftung übernehme.

Auf Nachfrage des StV. Cosar stellt Stadtkämmerer und Erster Beigeordneter Haas heraus, dass es sich bei der Mehrzweckhalle Materborn zwar nicht mehr um einen Schulstandort handele, man aber die Regelung über die Nutzung dieser Halle aus Vereinfachungsgründen in der „Satzung für die Benutzung von Schulräumen“ belassen habe.

StV. Kanders regt eine redaktionelle Anpassung des § 5 in Bezug auf die Doppelnennung des Begriffs „Nachweis“ an.

Oberverwaltungsrätin Wier bestätigt auf Nachfrage des StV. Lichtenberger, dass es in den letzten Jahren bereits üblich gewesen sei, die Vorlage einer Veranstalterhaftpflicht von den Veranstaltern zu fordern.

StV. Welberts meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf an.

6. **Karl Kisters Realschule;**

Festlegung der Zügigkeit

- Drucksache Nr. 1222 /X. -

Bürgermeisterin Northing stellt die Drucksache vor.

StV. Cosar signalisiert Zustimmung für seine Fraktion, regt jedoch an, die geplante bauliche Erweiterung um zwei Klassen vorzuziehen.

Beratendes Mitglied Riedl bittet um eine Rückstellung des Beschlusses für 3-4 Jahre. Der aktuelle räumliche und ausstattungstechnische Zustand der Gesamtschulen lasse keine Vergleichbarkeit mit einem dreigliedrigen Schulsystem zu. Platz an den vorhandenen Schulen sei auch ohne den Beschluss vorhanden. Er wirbt für die Gesamtschulen und gibt zu bedenken, dass die Etablierung von Gesamtschulen Zeit brauche.

StV. Lichtenberger führt aus, dass man in der Fraktion eine Diskussion analog zu den vorgebrachten Punkten geführt habe. Einerseits sehe man die steigenden Schülerzahlen und bewerte auch die Entwicklung zur Schule des gemeinsamen Lernens als positiv andererseits sei die Frage, ob der Beschluss in die Schullandschaft passe. Man wünsche sich ein stabiles Schulsystem und befürchte, dass sich die Zahl der Abschlüssen erhöhen könnte, was an den aufnehmenden Gesamtschulen zu Klassenteilungen führen könnte. Vor diesem Hintergrund beantrage man:

1. Den Beschluss der 4-Zügigkeit für die Karl-Kisters-Realschule zunächst auf das nächste Schuljahr zu beschränken. Dies gebe auch Raum für die Planung der baulichen Entwicklung.

2. Die Rückläuferproblematik zu begrenzen, indem man von § 132c SchulG NRW Gebrauch macht, so dass es möglich wäre, an der Karl-Kisters-Realschule einen Hauptschulabschluss zu machen.

StV. Meyer-Wilmes betont, dass der Erweiterungsbau der Realschule sehr wichtig sei. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass sich unklare bauliche Situationen und Zwischenlösungen negativ auf die Schülerzahlen auswirkten. Ihr Wunsch sei es, die Profile der einzelnen Schulen besser zu fördern und herauszustellen.

Hierzu merkt Oberverwaltungsrätin Wier an, dass es im September 2019 eine Informationsveranstaltung aller weiterführenden Schulen in der Stadthalle gegeben habe. Auf dieser Veranstaltung hätten sich alle weiterführenden Schulen in Form eines Marktplatzes bei interessierten Eltern und Kindern vorgestellt.

Bürgermeisterin Northing stellt heraus, dass die baulichen Möglichkeiten in der Drucksache in Abstimmung mit der Schule dargestellt seien und ab dem Jahr 2023 ggf. mit einer Dependance gearbeitet werden müsse. Ausdrücklich weist sie zurück, dass man Optionen darstelle, die bereits jetzt nicht realisierbar seien.

StV. Rütter begrüßt die Einrichtung der 4-Zügigkeit, jedoch nicht unter den vorgeschlagenen Bedingungen. Es sei zu berücksichtigen, dass gemeinsames Lernen mehr Raum brauche. Zudem hätten sich Dependance-Lösungen in der Vergangenheit bereits als unglücklich herausgestellt.

Oberverwaltungsrätin Wier führt aus, dass man sich durch die Bezirksregierung habe beraten lassen. Dort stehe man einer 4-Zügigkeit positiv gegenüber, sofern die Karl-Kisters-Realschule eine Schule des gemeinsamen Lernens würde.

Dies könne sicherlich als eine Form von Erpressung gesehen werden. Gleichzeitig gibt Oberverwaltungsrätin Wier zu bedenken, dass bereits jetzt Schüler, die zieldifferent unterrichtet werden, der Schule im Wege der Einzelintegration zugewiesen werden. Hierfür sind keine finanziellen oder räumlichen Ausgleichsleistungen vorgesehen. Eine finanzielle Unterstützung der Karl-Kisters-Realschule sei nur möglich, wenn diese zu einer Schule des gemeinsamen Lernens werde. Dies könne sicherlich als eine Form der besonderen Vorgabe gesehen werden.

Bürgermeisterin Northing präzisiert, dass die Beschlussvorlage auf Grundlage der Schulentwicklungsplanung der Stadt Kleve erstellt worden sei.

Die zieldifferent zu beschulenden Kinder seien da und sie frage sich, warum man die finanziellen Vorteile nicht nutzen solle.

Beratendes Mitglied Best erklärt, dass die Realschule nicht Konkurrenz der Gesamtschule sei. Die Realschule führe im Rahmen des gemeinsamen Lernens seit Jahren zielgleichen Unterricht durch und erkläre sich nun bereit, die Herausforderung des zieldifferenten Unterrichts anzunehmen. Hierzu sei bereits ein Kunstraum zu einem Differenzierungsraum umgestaltet worden. Beratendes Mitglied Best stellt zur Thematik der Schulformwechsler heraus, dass die Realschule in der Vergangenheit mehr Kinder von Gymnasien aufgenommen habe als Schüler an die Gesamtschulen abgegeben worden seien.

In Bezug auf den Antrag des StV. Lichtenberger bittet beratendes Mitglied Best um einen umsichtigen Umgang mit dem § 132c SchulG NRW. Dieser beinhalte einen komplett anderen Bildungsauftrag.

Abschließend führt beratendes Mitglied Best aus, dass sich die Schulkonferenz gegen eine Dependance ausgesprochen habe.

Bürgermeisterin Northing äußert Verwunderung über diese Entscheidung, da der Beschlussvorschlag mit der Karl-Kisters-Realschule abgestimmt gewesen sei.

StV. Merges spricht sich aufgrund des Rummangels gegen eine 4-Zügigkeit aus. Er präferiert einen Aufschub der Entscheidung, bis die entsprechenden baulichen Voraussetzungen geschaffen seien.

Bürgermeisterin Northing betont, dass eine Zusicherung der baulichen Fertigstellung bis 2023 aktuell nicht möglich sei. Sofern eine Dependance-Lösung nicht gewünscht werde, könne sie die Entscheidung für eine 4-Zügigkeit nicht empfehlen.

StV. Cosar führt aus, dass die Beschlussvorlage auf Grundlage des Gutachtens des Büros Dr. Garbe, Lexis & von Berlepsch erstellt worden sei. Er beurteile die parallelen Schulsysteme als problematisch und sehe die Stadt Kleve in der Verantwortung für qualitativ und räumlich sinnvolle Lösungen zu sorgen.

Eine Grundlage für die Anwendung des § 132 c SchulG NRW sehe er nur, wenn weder Haupt- noch Gesamtschulen vorhanden seien.

Aus Gründen der Schulentwicklungsplanung stimme er dem Beschlussvorschlag weiterhin zu.

Bürgermeisterin Northing sieht wenig Aussicht auf Erfolg für eine Anwendung des § 132 c SchulG NRW. Sie betont, dass der Beschlussvorschlag mit allen Beteiligten abgestimmt gewesen sei.

Sachkundige Bürgerin Hütz merkt an, dass beide Schulsysteme nicht gleichwertig funktionieren können und es Zeit für einen Wechsel sei.

Beratendes Mitglied Best führt aus, dass die Anmeldezahlen der letzten Jahre eine durchgängige 4-Zügigkeit unabdingbar machten und er diese 4-Zügigkeit auch wolle. Hierzu sei jedoch ein Ausbau bis 2023 notwendig, ansonsten sei eine Umsetzung nicht möglich.

StV. Rütter erklärt, der Bedarf für eine 4-Zügigkeit sei jetzt da und konnte in der Vergangenheit räumlich auch bedient werden. Er unterstützt eine 4-Zügigkeit, wie sie aktuell praktiziert wird und regt an die Entscheidung über die Umwandlung in eine Schule

des gemeinsamen Lernens zu verschieben. Die Zügigkeit könne schließlich durch Ratsbeschluss festgelegt werden.

Bürgermeisterin Northing stellt richtig, dass der dauerhaften Festlegung der Zügigkeit einer Schule durch die Bezirksregierung zugestimmt werden müsse. Zudem müsse eine Dependance in Betracht gezogen werden, ansonsten sehe sie das Scheitern des Beschlussvorschlags.

Beratendes Mitglied Riedl bittet nochmal um Verständnis für die Gesamtschulen. Aus seiner Erfahrung brauche eine Gesamtschule im Aufbau Zeit. Man habe in den letzten Jahren am Profil der Joseph Beuys Gesamtschule gearbeitet. Es bestehe Verständnis für die Erhöhung der Zügigkeiten, gleichzeitig bittet er zu berücksichtigen, dass die Gesamtschulen Schüler aufnehmen könnten.

StV. Meyer-Wilmes stellt heraus, dass der Faktor Zeit für alle Beteiligten erheblich sei. Sie Sorge sich vor einer ewigen Interimslösung und meldet für ihre Fraktion Beratungsbedarf an.

Auf den Einwand des beratenden Mitglieds Best, dass die Gesamtschulen mit der Anzahl der Kinder im gemeinsamen Lernen überlastet werden, sofern man sich gegen eine 4-Zügigkeit der Realschule ausspreche, führt Bürgermeisterin Northing aus, dass es in diesem Fall bei der bisherigen Vorgehensweise bliebe. Es würden der Realschule durch die Bezirksregierung weiterhin Kinder im Verfahren der Einzelintegration ohne entsprechenden Ausgleich zugewiesen.

StV. Welberts meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf an. Er insistiert darauf, dass dies nicht als Verzögerung des Verfahrens wahrgenommen werde.

7. **Konrad-Adenauer Gymnasium;**

Festlegung der Zügigkeit
- Drucksache Nr. 1223 /X. -

Oberverwaltungsrätin Wier ergänzt, dass ein Ausbau am Standort des Freiherr-vom-Stein Gymnasiums aus Sicht der Verwaltung nicht möglich sei; eine detaillierte Prüfung sei allerdings noch nicht erfolgt.

StV. Welberts kündigt für seine Fraktion Beratungsbedarf an.

8. **Bericht über den Stand der Baumaßnahmen**

Tariflich Beschäftigter Hoymann stellt anhand einer Präsentation den Stand der Baumaßnahmen dar.

StV. Meyer-Wilmes bedankt sich für die verständliche Erläuterung der Mehrkosten.

9. **Mitteilungen**

a) Nutzung Kombi-Bad durch die Klever Schulen

Seit dem 2. Halbjahr des Schuljahres 18/19 nutzen alle Schulen die ihnen zugewiesenen Zeiten im Kombi-Bad.

10. **Anfragen**

./.

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

(Tekath)
Vorsitzende

(Tempels)
Schriftführerin

ABLAUF PLANUNG



UMBAUMAßNAHMEN



Neue
Bewegungshalle

Sanierungsflächen

770 m² Innenhof
395 m² Schulhof
180 m² Klassenzimmer
1.345 m² Gesamt

Zu überarbeitende Flächen:

1.905 m² Innenhof und Schulhof
90 m² Klassenzimmer
245 m² Abbruch Sandspielfläche
2.240 m² Gesamt

--- Zaun



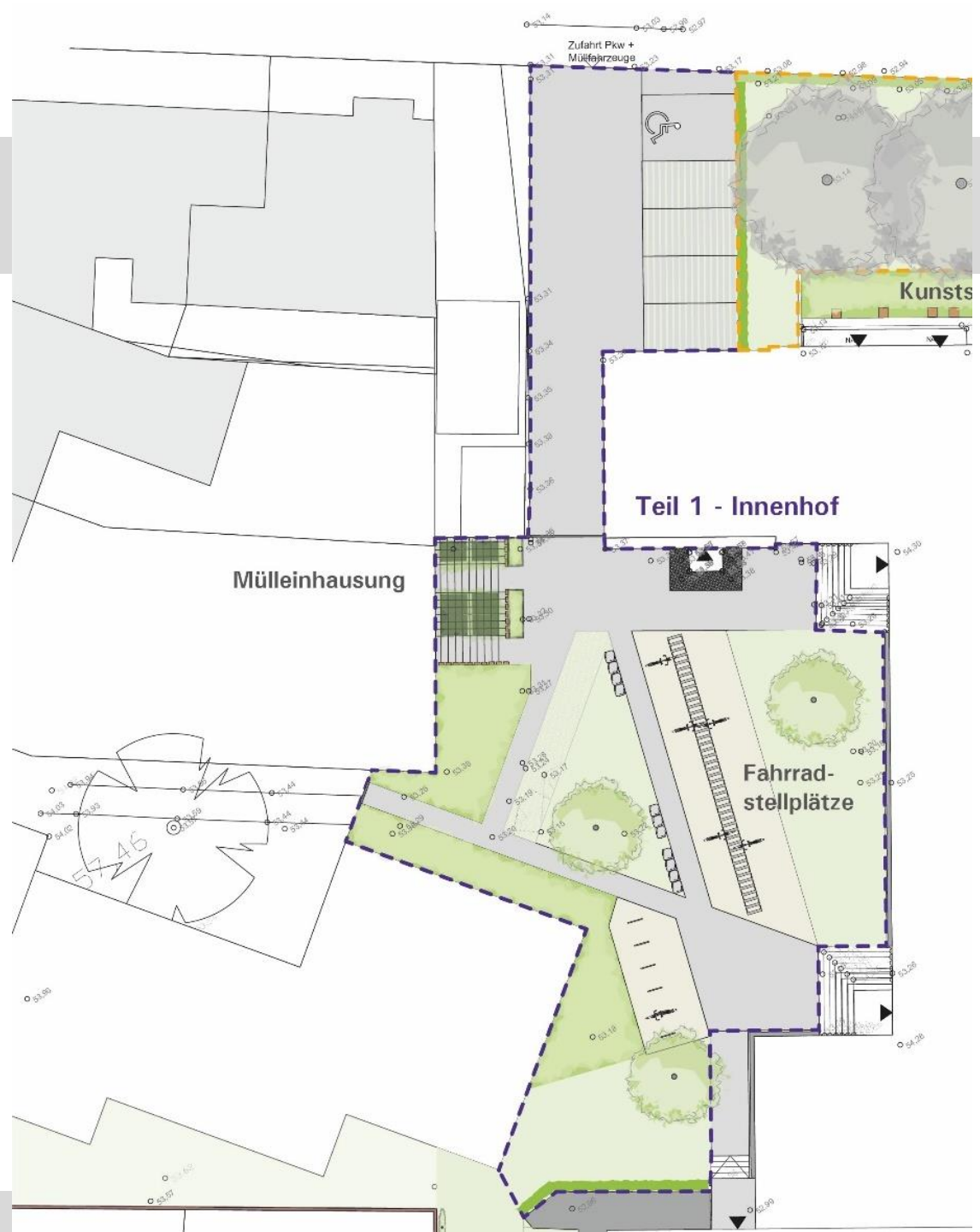
AUSGANGSSITUATION SCHULHOF



VORENTWURF



INNENHOF



INNENHOF





Begrüßungszone

Zufahrt
Anlieferung,
Feuerwehr

Kunstsockel

Spielgerät
Bestand

Neues
Spielgerät

Sickermulden

Holzpodest

Sitzmöglichkeiten

Ruhezone mit
Sitzmöglichkeiten

Fischtennis

Teil 2 - Schulhof

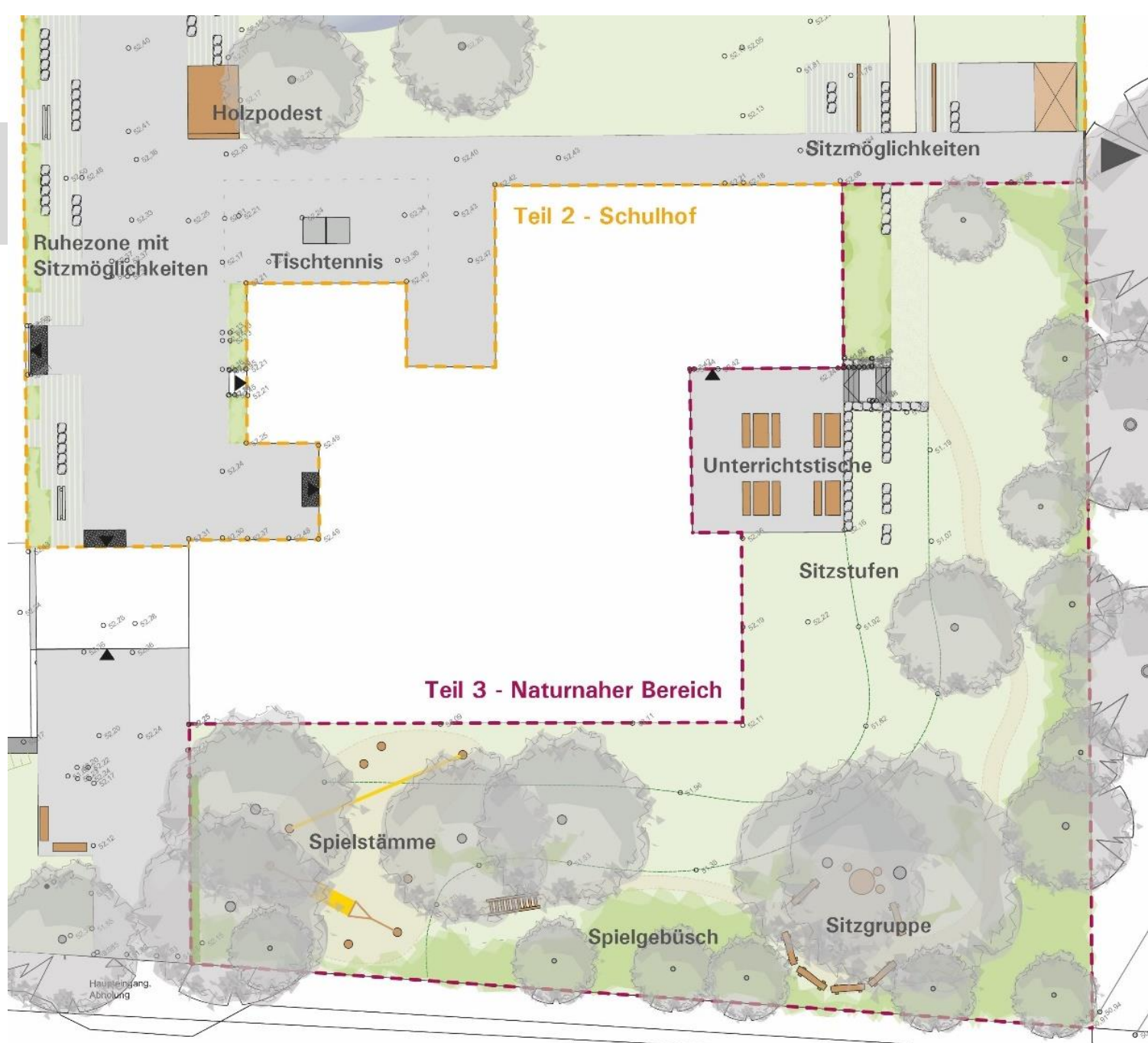
Unterrichtstische

SCHULHOF

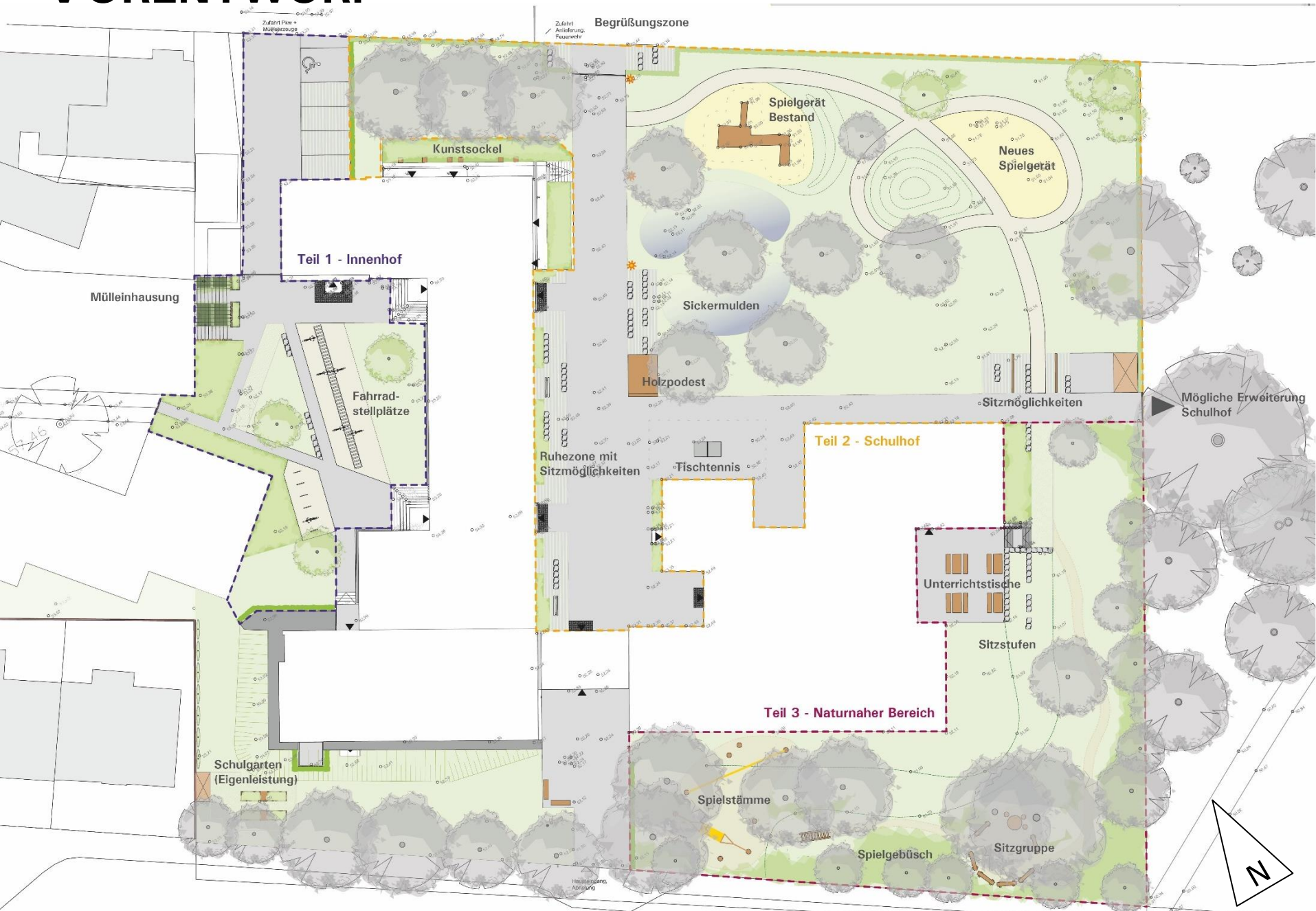
SCHULHOF



NATURNAHER BEREICH



VORENTWURF



Projekt	Aktueller Status	Nächster Meilenstein	Geplante Betriebsaufnahme*
GS An den Linden Budget: 5.200.000 € GS An den Linden Sanierung Turnhalle /Bewegungshalle Budget 2.324.000 €	Bauabschnitte (Schule) Fertiggestellt PAK Sanierung	4. Bauabschnitt (Sporthalle) (2.324.000 €) Bauantragsunterlagen wurden eingereicht;	08/2020
Montessorischule Budget: 5.500.000 €	Rohbau (Neubau) zu 90% fertig; PAK Sanierung läuft.	Rohbaufertigstellung und Altbausanierung; PAK-Sanierung; Einbau Fenster Altbau	08/2020
Freiherr vom Stein Gymnasium Budget: 2.850.000 €	BA Römerstraße / Ringstraße Einbau der Fenster Sanierung der Verfugung Eindeckung des Dachsbereichs weitestgehend erfolgt PAK-Sanierung in 3 Räumen 1.BA	Fertigstellung 1. Bauabschnitt 31.1.2020	08/2020
Willibrord Grundschule Budget: 3.840.000 €	Erstellung der Bauantragsunterlagen	Einreichung des Bauantrages Beauftragung eines externen Architekten/ Fachingenieurs ab Leistungsphase 5	2021/2022
Grundschule Rindern/Sporthalle Budget: 450.000 €	Bauausführung	Fertigstellung bis I/2020	I/2020

* Vorbehaltlich nicht planbarer Verzögerungen durch Vergabebeschwerden, Insolvenzen, Schlechtwetter etc

Konrad-Adenauer-Gymnasium Budget: 45.000.000 €	Erstellung der Vorentwurfsplanung Lph 2.	Abschluss der Vorentwurfsplanung Lph 2. Im Anschluss Vorstellung im Fachausschuss	2023/2024
Gesamtschule Am Forstgarten Budget: 23.200.000 € (Neu: 41.000.000 €)	Bauantrag wurde eingereicht; Ausschreibung der vorgezogenen Erdarbeiten ist erfolgt	Erteilung der Baugenehmigung; Beginn der Erarbeiten Ende Januar 2020	06/2022
Joseph-Beuys Gesamtschule Budget: 20.400.000 €	Die europaweite Ausschreibung der Architekten und Fachingenieurleistungen ist am 15.11.2019 erfolgt.	Vergabe der Architekten und Fachingenieurleistungen im I. Quartal 2020	2024